



zügig

<http://siemens.igm-bs.de>

März 2007

Nr. 43

Inhalt

Tarif 2007

Mehr Geld in die Taschen

Seite 1,2

Brot und Rosen

Gleichstellung erkämpfen!

Seite 1, 2

ERa-Entgelt

Die Aufgabe der PaKo

Seite 3

Kein Verkauf der Bahn

IG Metall lehnt Börsengang ab

Seite 4

Generationengerechtigkeit

Gegen die Rente mit 67

Seite 5

Unabhängig ???

Oder was ist die AUB wirklich

Seite 6

Solidarität

Auf anderem Gebiet

Seite 7

Wahl der JAV

Die JAV stellt sich vor

Seite 8

Frauentag 2007

Die Veranstaltung - das Programm

Seite 8

Tarif 2007

6.5 % sind angemessen!

Die Tariff Kommission der Metall und Elektroindustrie Niedersachsen beschloss die Forderung nach Anhebung der Entgelte um 6.5% am 21.02.2007 in Hannover.

Die Diskussionen in den Betrieben laufen auf Hochtouren. Den ersten Stein warfen die Arbeitgeber und Politiker von sich aus bereits vor Weihnachten 2006. Verwundert rieb man sich die Augen als aus ihrem Munde zu hören war:

„Die Arbeitnehmer sollen teilhaben an der guten wirtschaftlichen Entwicklung“.

Ach- was sind das für Töne!

Fakt ist - die hervorragende Konjunktur verschafft den Unternehmen volle Auftragsbücher zu ordentlichen Konditionen. Das Jahr 2006 haben die meisten Metall und Elektrobetriebe mit guten - wenn nicht gar hervorragenden - schwarzen Zahlen abgeschlossen.

Exportüberschuss, Renditen wie in den Boomjahren Ende der 90er, volle Auftragsbücher, steigende Produktivität, sinkende Lohnstückkosten...!

Der Aufschwung lässt sich nicht mehr verleugnen! Und die Arbeitgeber wissen auch: die Beschäftigten wollen ihren Anteil daran haben. Und sie haben ihn vor allem verdient!

Offensive ist die beste Verteidigungsstrategie - ist das Herangehen im Arbeitgeberlager. Und deshalb werden dann gleich Vorschläge gemacht wie man den Anteil der Arbeitnehmer begrenzen könnte:

Ein Konjunkturbonus (Einmalbetrag) wird von den Arbeitgebern diskutiert.

Oder Investivlohn - möglichst gleich in die eigene Firma.

Oder Urlaubsgeld und Sonderzahlung erfolgsabhängig auszahlen.

Hierzu folgende Anmerkungen, die jede/r ArbeitnehmerIn überprüfen sollte:

I. Die Produktivität ist dauerhaft gestiegen, nicht einmalig.

Fortsetzung auf Seite 2

Brot und Rosen

Heute ist der Internationale Frauentag

Auch nach fast nach 100 Jahren Tradition des 8. März ist es eine sehr gemischte Bilanz, die das Chancengleichheitsjahr der Europäischen Union einleitet.

Mehr Geld !?

Der Unterschied bei den Einkommen beträgt trotz vielfacher Bemühungen von BetriebsrätInnen und GewerkschafterInnen immer noch ca. 30 Prozent. Dies haben alle Untersuchungen zu den Einkommensverhältnissen von Männern und Frauen ergeben. Selbst hoch quali-

fizierte Frauen müssen ein niedrigeres Einkommen für gleichwertige Arbeit hinnehmen.

Der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ ist immer noch Zukunftsmusik für viele Frauen. Auch 2007 ist eine Beschäftigung von Frauen durch viele Teilzeit- oder 400€-Jobs nicht Existenz sichernd und gleich. Hier besteht erheblicher Handlungsbedarf, der

Fortsetzung auf Seite 2



Tarif 2007

Fortsetzung von Seite I

2. Preise und Mieten steigen auch nicht einmalig.
3. Prozentuale Erhöhungen fließen in die Tariftabelle ein; Einmalzahlungen fließen i.d.R. nicht in die Tariftabelle ein und führen deshalb langfristig zu einem Einkommensverlust.
4. Einmalzahlungen führen auch zum Ausfall von Sozialversicherungsbeiträgen in den Jahren nach der Einmalzahlung.
5. Investivlohn bindet das Einkommen - die Beschäftigten benötigen Kaufkraft in ihren Portemonais.
6. Erfolgsabhängige Entgeltbestandteile verlagern das Risiko des Unternehmers auf die Beschäftigten ohne das sie es beeinflussen können. Monats- bzw. Jahreseinkommen werden unkalkulierbar.

Eine prozentuale Forderung und ein Abschluss mit Prozenten, die die Tariftabelle erhöhen und individuell verfügbar sind, ist richtig und angemessen.

Erfolgsabhängige zusätzliche Zahlungen zum Tarif (Bonuszahlungen) sind auch heute schon möglich.

Auch wenn die IG Metall in der Vergangenheit immer wieder Abschlüsse mit Einmalzahlungen vereinbart hat - diese bezogen sich i.d.R. auf den Ausgleich der

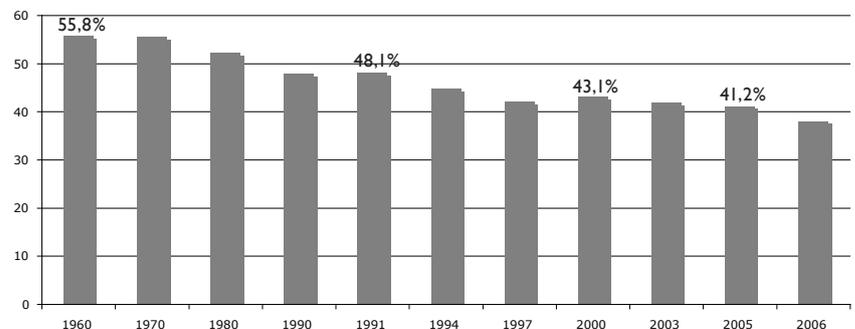
Verhandlungsmonate als Einmalbetrag.

Jedenfalls beginnt die Tarifbewegung erst - sie bedarf wie immer der intensiven Gestaltung durch die Beschäftigten und der starken Unterstützung bei den Verhandlungen - bis eine Einigung erzielt werden kann.

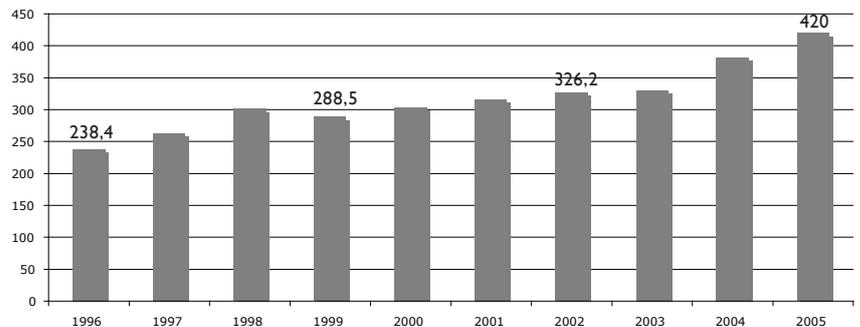
EINLADUNG ZUM MITMACHEN !

Kreative Ideen sind willkommen - tatkräftiger Einsatz noch mehr! Näheres ist bei der IG Metall Vertrauenskörperleitung zu finden über die Siemens-IGM-Homepage:
[http:// siemens.igm-bs.de](http://siemens.igm-bs.de)

Nettolohnquote - Lohnanteil am Volkseinkommen



Brutto-Unternehmensgewinne in Mrd.-Euro



Quelle: Statistisches Bundesamt, Hans-Böckler-Stiftung 2006

Brot und Rosen

Fortsetzung von Seite I

sich vor allem an die Bewertung von Tätigkeiten und Arbeitsplätzen, aber auch an die Qualifikation von Frauen und Mädchen richtet.

Alt und arm !?

Frauen bekommen wegen der o.g. Einkommens-Situation und wegen weniger Beitragsjahren eine geringere Rente (Ø 408 Euro) als Männer (Ø 841 Euro).

Wenn die Renten weiter gekürzt werden, wird die Zahl der Frauen zunehmen, die unter das Existenzminimum sinken. Und: Die Erhöhung des Renteneintrittsalters ist eine gesundheitspolitische Fehlentscheidung.

Liebe...!?

Märchenprinzen gibt es nicht (Ausnahmen bestätigen die Regel!) das weiß Frau ja mittlererweile - aber Partnerschaft sollte wenigstens die Teilung der Alltagslasten bedeuten! Tatsächlich verteilt sich die tägliche Hausarbeit auf Männer: 80 min. aber Frauen: 257 min!

Rabenmütter !?

Auch nach der Geburt eines Kindes wollen oder müssen Frauen weiterhin berufstätig sein können. Ausreichend Kinderbetreuungsplätze mit flexiblen Angeboten sind unbedingt nötig. Von flächendeckenden Angeboten für Ganztagschulen ist Deutschland noch meilenweit weg - im Gegensatz zum Europäischen Ausland! Jedoch: ein Schritt nach vorn ist das Elterngeld.

Bettlägerig !?

Weil es schon immer die billigste Variante gewesen ist, Frauen in die Pflicht zu nehmen plant die Koalition den Bereich der häuslichen Pflege auszuweiten. Es wird von „Pflegeurlaub“ gesprochen, gemeint ist die Freistellung von der beruflichen Tätigkeit - die voraussichtlich wieder i.d.R. Frauen betreffen wird und ihr Einkommen sowie ihre Anwartschaftszeit auf Rentenzahlung schmälert.

Auch 100 Jahre nach der ersten internationalen Frauenkonferenz in Stuttgart gilt noch immer: Wir Frauen müssen zusammen für unsere Rechte streiten!

Deshalb: Wir gehen vor. Immer weiter und nicht zurück.



Warum eine PaKo?

Die Einführung des ERa verlangt Genauigkeit ...

Seit Mitte Januar tagt die Paritätische Entgeltkommission (PaKo), um die ca. 350 Zustimmungsverweigerungen des Betriebsrates zu den ERa- Eingruppierungen der Beschäftigten zu beraten. Die zügig- Redaktion befragte die Teilnehmer des Betriebsrates dazu.

Zügig: Was ist die Besonderheit der Paritätischen Kommission?

A. Baumgarten: Die „Paritätische Kommission“, kurz PaKo, ist paritätisch besetzt, d.h. sie besteht aus 2 Vertretern der Arbeitgeberseite und 2 Vertretern der Arbeitnehmerseite. Für TS Braunschweig sind dies Frau Heinicke und Herr Haberkorn und von der Arbeitnehmervertretung zwei Betriebsräte, Elke Bensch und ich.

Zügig: Welche Aufgaben hat die PaKo?

E. Bensch: Die PaKo prüft, welche Eingruppierung der Bewertung der Arbeitsaufgabe entspricht.

Zügig: Wer außer der/m MitarbeiterIn (MA) hat denn ausreichende Kenntnisse über die entsprechende Arbeitsaufgabe?

A. Baumgarten: Dazu werden von beiden Seiten Sachverständige in die PaKo eingeladen. In Einzelfällen wurden auch Mitarbeiter oder die entsprechende Führungskraft eingeladen.

Zügig: Und wie geht es dann weiter?

E. Bensch: Wenn alle Daten und Fakten bekannt sind, wird die Arbeitsaufgabe entsprechend des Entgelttarifvertrages eingruppiert. Dabei spielen die Anforderungen an den Arbeitsplatz und die dafür erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten eine große Rolle.

Zügig: Es kommt also nicht darauf an, was ein MA für eine Ausbildung hat, sondern welche Kenntnisse für die Erfüllung seiner Arbeitsaufgabe notwendig sind?

A. Baumgarten: Stimmt genau.

Zügig: Haben sie denn immer Übereinstimmung in der PaKo?

E. Bensch: Keinesfalls. Wir ringen um die richtige Bewertung. In einigen Fällen hat der BR 2 oder 3 Entgeltgruppen mehr gefordert. Hier haben wir z.T. keine Einigung erzielt und auch keine Annäherung



Eine Menge Arbeit für Elke Bensch und Armin Baumgarten. Fast 400 Eingruppierungen entsprachen nicht den Vereinbarungen zum ERa. Jetzt streiten die beiden Betriebsratsmitglieder in der Paritätischen Kommission für die korrekte Eingruppierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

gefunden. Diese Fälle gehen jetzt in die nächste Instanz.

Zügig: Welche ist das?

A. Baumgarten: Vertreter der Tarifvertragsparteien, einerseits von der IG Metall und andererseits vom Verband der Metallindustriellen Niedersachsen werden zu der PaKo geladen.

Zügig: Und die entscheiden dann gemeinsam mit den Vertretern der PaKo?

E. Bensch: Ja, aber so weit sind wir noch nicht. Erst einmal wird den Beschäftigten die von uns erreichte Entgeltgruppe mitgeteilt. Darüber bekommen diese vom Betriebsrat ein Schreiben und ihre persönlichen Aufzeichnungen zurück.

Zügig: Wie bewerten Sie den neuen Tarifvertrag? Ist dieser für die Beschäftigten nicht nachteilig?

E. Bensch: Keinesfalls. Viele Beschäftigte erhalten ein höheres Entgelt weil ihre Arbeitsaufgabe höher bewertet wurde. Bei Anderen stimmte die Anforderung mit der Eingruppierung überein und das Entgelt bleibt gleich. Alle weiteren bekommen mindestens das gleiche Einkommen wie bisher. Dieses setzt sich aus dem Grundentgelt, Leistungszulage und einer Überleitungszulage zusammen. **Unabhängig von der Zusammensetzung: der Endbetrag entspricht mindestens dem heutigen Einkommen.**

A. Baumgarten: Durch den ERa erfolgt eine gerechtere und transparente Eingruppierung. Hier kann jeder sich selber einordnen und ablesen, welche Anforderungen an eine Höhergruppierung gestellt werden. Die alten Tätigkeitsmerkmale waren nicht mehr zeitgemäß. Die Ablösung war längst überfällig. Vielen MA kann man nur raten die Entwicklungsgespräche (EFA-Gespräche) zu nutzen, um eine Weiterentwicklung festzuschreiben.

Zügig: Wir danken für das Gespräch.

Gewählt: Schwerbehindertenvertretung

Gewählt wurden Renate Hause, Peter Meyer und Reinhard Kretschmer.

Die Schwerbehindertenvertretung bedankt sich herzlich für das Vertrauen, dass ihnen durch die Wahl entgegengebracht wurde.

Übrigens: Am 21. März 2007 findet um 8:30 Uhr in der Kantine die nächste Schwerbehindertenversammlung statt.

Neben der Berichterstattung der Vertrauensfrau und der Betriebsleitung werden zu speziellen Fachthemen Referenten für Fragen und zur Diskussion zur Verfügung stehen.

Eine rege Beteiligung ist erwünscht.

Keinen Verkauf der Bahn

IG Metall lehnt Kapitalprivatisierung der Deutschen Bahn AG ab

Zur Zeit gibt es heftige Auseinandersetzung über die geplante Kapitalprivatisierung der Deutschen Bahn AG.

Rund 80 Betriebsräte, Vertrauensleute, Geschäftsführer und Sekretäre der IG Metall aus den Verwaltungstellen Braunschweig, Wolfsburg, Salzgitter und Peine haben auf einer Veranstaltung aus Sorge um die Arbeitsplätze in der Region eine gemeinsame Erklärung gegen die Privatisierung der Deutschen Bahn beschlossen.

Die Erklärung im Wortlaut:

„Bahn muss öffentliches Eigentum bleiben. Die IG Metall in Südostniedersachsen lehnt eine Kapitalprivatisierung der Deutschen Bahn AG - auch in Form einer Teilprivatisierung - ab. Die Deutsche Bahn AG muss als integriertes Unternehmen vollständig in öffentlichem Eigentum verbleiben. Dies ist aus wirtschafts-, verkehrs-, industrie-, umwelt- und gesellschaftspolitischen Erwägungen erforderlich,

- um die Ziele der Bahnreform von 1994 („Mehr Verkehr auf die Schiene“ und „Nachhaltige Entlastung des Bundeshaushalts“) zu erreichen;
- um die Lösungspotentiale des Schienentransportsystems effizient zu nutzen für die Bewältigung der

Herausforderungen der europäischen Integration, der logistischen Bewältigung zunehmender Handelsströme, des Klimawandels und der Ressourceneffizienz, des Umweltschutzes und der Begrenzung des Flächenverbrauchs sowie nicht zuletzt des sozialen Zusammenhalts der Gesellschaft durch bezahlbare Mobilität;

- um den Beschäftigten im Bereich des Schienenverkehrs und der Bahnindustrie in der Region eine gesicherte Zukunftsperspektive zu eröffnen.

Die IG Metall wehrt sich dagegen, dass ein weiterer Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge für den Zugriff privater Kapitalverwertungsinteressen geöffnet



Oben: Ursula Weisser sprach auf einer Veranstaltung zu rund 80 Betriebsrätinnen und -räten über notwendige politische Entscheidungen, um dem Schienennetz und -verkehr eine Zukunft zu ermöglichen.

wird. Die IG Metall wird sich auf europäischer Ebene für eine Intensivierung der Debatte um die Sicherung und den Ausbau öffentlicher Bereiche der Daseinsvorsorge im Zusammenhang mit der europäischen Integration einsetzen.“

Weitere Informationen gibt es auf der Homepage der IG Metall Vertrauensleute bei Siemens:

<http://siemens.igm-bs.de>

Stimme für die Schiene IG Metall-Branchenausschuss Bahnindustrie

Die Mitglieder des Branchenausschusses der IG Metall wollen durch politische Lobbyarbeit zur Sicherung der Arbeitsplätze beitragen, dadurch dass sie in einem Zusammenschluss von Betriebsräten der Bahnindustrie Einfluss auf die politischen Entscheidungsträger nehmen.

Von Siemens TS Braunschweig geben Ursula Weisser und Armin Baumgarten im Branchenausschuss den Beschäftigten eine gewichtige Stimme.

Es kann nicht weiterhin angehen, nur davon zu reden, dass „Mehr Verkehr auf die Schiene“ verlagert werden soll und das Gegenteil geschieht, so Ursula Weisser.

Die Entscheidung wie viel Verkehr über die Schiene abgewickelt wird, fällt nach wie vor auf der politischen Ebene,

darf aber nicht allein den Politikern überlassen werden.

Ganz aktuell geht es um die geplante Kapitalprivatisierung der Deutschen Bahn AG.

Dieses Thema wird auch ein Schwerpunkt auf der alljährlich stattfindenden „Branchenkonferenz Bahnindustrie“ sein.

Gewerkschafter, Beschäftigte, Wissenschaftler und Politiker beraten am 16. u. 17. März in Potsdam über die Auswirkungen der Umsetzung der jetzt vorliegenden Planung auf die Entwicklung des Schienenverkehrs in Deutschland und auf die deutsche Bahnindustrie.

Ein zweiter Schwerpunkt der Konferenz wird die Frage nach den Entwicklungspotentialen der deutschen Bahnindustrie auf internationalen Märkten sein.

Impressum zügig

Ausgabe 43, März 2007

Herausgeber:

Vertrauensleute der IG Metall / ver.di bei Siemens TS Braunschweig

Redaktion:

Armin Baumgarten, Eva Stassek, Ursula Weisser

V.i.S.d.P.:

Eva Stassek • IG Metall Braunschweig

Druck:

Lebenshilfe Braunschweig



Politik gegen die Mehrheit des Volkes

Rente mit 67 - Nein danke! Altersteilzeit - Ja bitte!

Das Renteneintrittsalter soll schrittweise von 65 auf 67 Jahre angehoben werden; die Altersteilzeitregelung auslaufen. Gute Gründe sprechen dagegen:

- Zwei Drittel aller Beschäftigten erreichen bereits jetzt aus gesundheitlichen Gründen nicht die Rente mit 65.
- Millionen neue Arbeitsplätze werden gebraucht, weil alle länger arbeiten müssen.
- Den Jungen wird der Einstieg in den Beruf verbaut, weil die Altersteilzeit als Beschäftigungsbrücke fehlt.

Die IG Metall und Ver.di Vertrauensleute und Betriebsräte Siemens TS Braunschweig haben die Bundestagsabgeordneten der Region schriftlich aufgefordert, der Verlängerung der Lebensarbeitszeit NICHT zuzustimmen.

Wir haben in dem Schreiben deutlich gemacht, dass wir darüber hinaus von den Politikern erwarten, sich für die Beibehaltung der derzeitigen Regelung - oder einer gleichwertigen Neuregelung - zur Altersteilzeit nachdrücklich einzusetzen.

Denn: Rente mit 67 löst kein einziges Problem!

Die Einen werden bis zum Umfallen arbeiten müssen - die Andern erst gar keine Chance auf einen Berufseinstieg erhalten. Dieses lehnen wir nachdrücklich ab!!!

Eine Alternative zur Rente mit 67 ist die Generationensolidarität.

Notwendig ist eine Beschäftigungsbrücke zwischen Jung und Alt. Wir wollen einen flexiblen Renteneintritt bis spätestens 65 Jahre:

Wir lehnen die Rente mit 67 ab.

Sie ist unsozial, ungesund und würde für viele unserer Kolleginnen und Kollegen im Betrieb und in ihren Familien nachhaltige finanzielle, gesundheitliche und psychische Probleme nach sich ziehen, die durch die og. Alternativen erst gar nicht auftreten würden.

Aus diesem Grund erwarten wir von den Politikern, dass sie für ihre Wählerinnen und Wähler gegen die derzeitige Gesetzesvorlage zur Rente mit 67 stimmen und sich für



das flexible, finanziell wie bisher abgesicherte, Ausscheiden aus dem Betrieb über Altersteilzeit nachdrücklich einsetzen!

Über die Reaktionen der Bundestagsabgeordneten der Region auf unser Schreiben werden wir Sie informieren.

IGMetall und Ver.di Vertrauensleute und Betriebsräte



Beschäftigte von Siemens TS bei einer Solidaritätsaktion gegen die Einführung der Rente mit 67 auf dem Gelände und mit der Belegschaft von Volkswagen Braunschweig.

UNABHÄNGIG ???

...oder was ist die AUB wirklich

Unabhängig, ideologiefrei und zukunftsorientiert - so präsentiert sich die AUB (Arbeitsgemeinschaft unabhängiger Betriebsangehöriger) dem oder der interessierten LeserIn oder ZuhörerIn.

Ein Blick in die Presse der letzten Tage und Wochen jedoch lässt großen Zweifel an den erklärten Zielen aufkommen.

Über 14 Millionen Euro soll Wilhelm Schelsky, der Vorsitzende des eingetragenen Vereins AUB, von Siemens erhalten haben. Zur Beratung, zum Training und zur Schulung von Beschäftigten und Betriebsräten. Siemens gestand Zahlungen ein, kündigte aber nach eigenen Angaben diesen Vertrag wegen nicht erbrachter Leistungen! Dies lässt weiteren Fragen und Zweifeln erheblichen Raum.

In einer gemeinsamen Erklärung haben der Gesamtbetriebsrat der Siemens AG und die IG Metall zum „AUB“ - Skandal Stellung genommen.

Die IG Metall Fraktion des Betriebsrates Siemens TS in Braunschweig schließt sich inhaltlich der Erklärung an.

Die Erklärung im Wortlaut:

Bei der aktuellen Diskussion um die dubiosen Finanzquellen der AUB legen der Gesamtbetriebsrat (GBR) der Siemens AG und die IG Metall großen Wert auf folgende Feststellungen:

1. Die AUB darf nicht in einen Topf geworfen werden mit der Arbeitnehmervertretung bei Siemens. In den meisten Betriebsräten und im Gesamtbetriebsrat der Siemens AG spielt die AUB nur eine unbedeutende Rolle. Die überwältigende Mehrheit der Betriebsräte der Siemens AG gehört der IG Metall an.
2. Die AUB hat nichts mit der IG Metall zu tun. Bei der AUB, der sogenannten „Arbeitsgemeinschaft unabhängiger Betriebsangehöriger“, handelt es sich zudem nicht, wie teilweise fälschlich behauptet, um eine Gewerkschaft. Das sagt bereits der Name. Die AUB ist somit überhaupt nicht streikfähig und hat weder bei Siemens noch anderswo jemals Tarifverträge abgeschlossen.
3. Bei der AUB handelt es sich nicht um eine unabhängige Organisation, sondern, wie spätestens jetzt deutlich wird, um eine unternehmerfreundliche Gruppierung, bei der jedenfalls der Eindruck entsteht, dass sie sich auch aus Unternehmensgeldern finanziert hat.

Die AUB hat die IG Metall und ihre engagierten Betriebsräte immer bekämpft. Nicht nur bei Siemens, sondern auch in anderen Unternehmen, wo sie mit jeweils nur wenigen Betriebsräten versuchen, mit dem Etikett „Unabhängig“ vor den Beschäftigten ihre wahre Position zu verbergen.

Es ist auch nicht glaubhaft und ehrlich, wenn die AUB versucht, die Verhaftung ihres Vorsitzenden und die juristische Untersuchung als dessen Privatsache anzusehen. Die AUB hat gerne jahrelang die finanzielle Unterstützung und politischen Verbindung ihres Vorsitzenden in Anspruch genommen und auch sonst auf vielfältige Weise von Unterstützung vor Ort durch Führungskräfte profitiert.

Sofern die bisher bekannten Vorwürfe gegenüber den Vorsitzenden der AUB, Wilhelm Schelsky, zutreffen, verurteilen der GBR der Siemens AG und die IG Metall diese Praktiken.

Der GBR der Siemens AG und die IG Metall fordern die AUB auf, die Herkunft ihrer Finanzmittel gerade vor dem Hintergrund der laufenden Ermittlungen gegen ihren Vorsitzenden offen zu legen.

Wir sind sicher, dass die Beschäftigten bei Siemens und anderen Unternehmen ihre eigenen Schlussfolgerungen ziehen werden, was die angeblich unabhängige AUB betrifft.

Die ehrlich engagierten Betriebsräte bei der AUB können wir nur auffordern, zu überdenken, ob die AUB noch die geeignete Plattform ist.

Ralf Heckmann

Vorsitzender des GBR der Siemens AG

Berthold Huber

Zweiter Vorsitzender der IG Metall

Messe-FREI-Karten

Freikarten (CeBIT, Hannover Messe) für IG Metall Mitglieder

IG Metall-Mitglieder können in den Verwaltungsstellen bzw. über die IG Metall Betriebsräte und - Vertrauensleute Freikarten für beide Messen erhalten. Wer diese Sonderkondition zum Anlass nehmen möchte, der IG Metall beizutreten, ist bei der Gewerkschaft herzlich willkommen.

Wer die Messen jeweils einen Tag lang besucht, spart 54,00 Euro an der Tageskasse ein (CeBIT 33,00 Euro, Hannover Messe 21,00 Euro).



Die Dauerkarten kosten 81,00 (CeBIT) und 57,00 Euro (Hannover Messe). Da lohnt es sich, IG Metall-Mitglied zu sein. Oder jetzt zu werden.

IG Metall Mitglieder bei Siemens TS erhalten die Karten bei ihrem Vertrauenskörperleiter **Armin Baumgarten**: <http://siemens.igmetall.de>

Die IG Metall wird auf beiden Messen mit Informationsständen vertreten sein.

Die IG Metall auf der CeBIT 2007:

* Halle 6, Stand C16, Eckstand E 23/24 (Job & Career Market), Bereich Computerwoche. Es gibt u.a. die neue Studie „Entgelt in der ITK-Branche“

Die IG Metall auf der Hannover Messe, 16. - 20. April 2007:

* Der IG Metall-Stand befindet sich auf dem Job & Career Market (Karrieremarkt) in Halle 2 / D46

CeBIT
Join the vision

HANNOVER
15.-21.3.2007
cebit.com



Solidarität auf anderem Gebiet

Mit 80 Euro zur erfolgreichen Selbstständigkeit

Seit 1979 bin ich Mitglied der IG Metall, weil mir immer bewusst war, dass eine einzelne Person nichts erreichen kann. Nur über solidarisches Handeln kann die Welt ein wenig zum Besseren geändert werden. Mein Zeichen der Solidarität ist die Mitgliedschaft in der IGM auch als Rentner.

Aber aktiv zeige ich jetzt meine Solidarität mit vielen anderen Menschen auf einem anderen Gebiet, ich bin nämlich Schatzmeister des Oikocredit Förderkreises Niedersachsen-Bremen.

Oikocredit existiert seit über 30 Jahren. Es ist eine Genossenschaft nach Niederländischem Recht und diente ursprünglich dazu, dass die großen Kirchen ihr Geld ethisch verantwortlich anlegen sollten, indem sie Genossenschaften in der dritten Welt mit Krediten versorgten, anstatt z.B. das Geld in Rüstungsaktien anzulegen.

Die Idee fanden aber auch einzelne Personen gut und gründeten Förderkreise, wie den Oikocredit Förderkreis Niedersachsen-Bremen, der dann eine Stimme in der Genossenschaft bekommen hat. Zur Zeit haben wir ca. 4,5 Mio € als Treuhänder bei Oikocredit angelegt.

Insgesamt verfügt Oikocredit heute über 265 Mio €, von etwa 550 Kirchen und 27000 Privatpersonen. Ca. 200 Mio € sind als Darlehen an arme Menschen in



80 Euro Mikrocredit reichten aus. Damit konnte sich diese Bäckerin in ihrer Freiluftbackstube unter einem Wellblechdach ausreichend mit Brennstoff und Mehl bevorraten und ihre Tortilla-Bäckerei betreiben.

55 Ländern in Afrika, Mittel- und Südamerika, Asien und Osteuropa vergeben. Etwa ein Drittel der Darlehen wurde an Genossenschaften, wie z.B. Cooperativen von Kaffeebauern vergeben.

Zwei Drittel gingen an Mikrofinanzinstitutionen, die dann das Geld an den Endkunden verleihen, wobei 95% davon Frauen sind, die mit diesem Kredit einen Weg aus der Armut finden.

Die Idee der Mikrocredite wurde im Jahr 2006 mit dem Friedensnobelpreis für

Muhammad Yunus und seine Grameen Bank gewürdigt. Das hat auch mich bestärkt, über Oikocredit meine Solidarität mit armen Menschen zu zeigen und ich habe einen Teil meiner Ersparnisse dort angelegt. Auf Grund des hohen Risikos, das mit den Dahrlehen an die Ärmsten verbunden ist, erhalte ich allerdings nur 2% Zinsen.

Auch ein praktisches Beispiel der Oikocreditarbeit durfte ich schon kennen lernen. Ich besuchte im Rahmen der Jahreshauptversammlung von Oikocredit in

Mexico eine Tortilla-Bäckerin in der Nähe von Oaxaca. Sie hatte einen Kredit von umgerechnet 80 € erhalten, um ihr Geschäft aufzubauen. Dabei diente der Kredit dazu, eine große Menge Feuerholz und Maismehl anzuschaffen.

Wer mehr über Oikocredit erfahren möchte, kann gerne mit mir Kontakt aufnehmen oder sich im Internet informieren unter

www.oikocredit.org

Jan-Gerd Dierks
Tel: 0531-75769
lichte-dierks@t-online.de

Beitrittserklärung

Name Vorname

Straße/Hausnummer

Postleitzahl/Wohnort

Telefon Geburtsdatum

Betrieb: Name und Ort

z. Zt. vollbeschäftigt teilzeitbeschäftigt männlich weiblich

Auszubildende/r bis voraussichtlich:

gewerbli. Arbeitnehmer/in Angestellte/r kaufm. techn. Meister

Nationalität Änderung des bisherigen Status

Mitgliedsbeitrag (1% des monatl. Bruttogehalts) ab Monat

geworben durch (Name und Betrieb)

Einzugsermächtigung/Bankverbindung

Kto.Nr. Bankleitzahl

Name des Kreditinstituts

in PLZ Ort

Ich bestätige die erfassten Daten über meine Person sowie den Grund (Zugangsart) für die Eintragung dieser Daten.
Ich bin hiermit darüber informiert, dass die IG Metall zur Erfüllung ihrer satzungsgemäßen Aufgaben personenbezogene Angaben über mich mit Hilfe von Computern (automatisiert) verarbeitet. Die für den Beitragsbeitrag nötigen Daten werden zwischen der IG Metall und dem Geldinstitut – bei Lohnabzug mit dem Arbeitgeber – ausgetauscht (übermittelt). Die Verwaltungsstelle informiert mich auf Wunsch über alle gespeicherten Daten.
Hiermit ermächtige ich widerruflich die IG Metall, den jeweils von mir nach § 5 der Satzung zu entrichtenden Mitgliedsbeitrag von 1% des monatlichen Bruttovollstandes bei Fälligkeit einzuziehen. Diese Ermächtigung erstreckt sich im Rahmen der von der Ortsverwaltung der IG Metall festgelegten Kassierungsart (§ 5 Ziff. 5 Satz 3 der Satzung) sowohl auf den Abruf von meinem Bankkonto, als auch auf den Einbehalt des Beitrags durch meinen Arbeitgeber in der jeweiligen Höhe. Dies schließt die Weitergabe der entsprechenden Daten an die IG Metall ein. Dieser Auftrag kann nur schriftlich mit einer Frist von sechs Wochen zum Quartalsende bei der Verwaltungsstelle der IG Metall rückgängig gemacht werden. Alle Änderungen oder Unstimmigkeiten, die sich aus diesem Auftrag ergeben, kann ich nur bei der Verwaltungsstelle der IG Metall regeln.
Die vorstehenden Daten werden zum Zweck der Mitgliederbetreuung von der IG Metall erhoben und unter Beachtung des BDSG verarbeitet. Weitere Empfänger dieser Daten sind die Service-Center der IG Metall. Den vorstehenden Hinweis zum Datenschutz habe ich zur Kenntnis genommen.

Datum/Unterschrift des Antragstellers/Mitgliedes/Kontoinhabers

Bitte abgeben bei IG Metall-Betriebsräten/-Vertrauensleuten oder schicken an: IG Metall-Vorstand, Abt. Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, 60519 Frankfurt am Main

zügig

Neue Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV)



Benjamin Weiberg
TS RA TRA TV
geb. 1983
Sprecher der JAV am Standort
sowie Mitglied in der Gesamt-
JAV
Tel 6649

Michel Herrmann
TS RA D SE 6
geb. 1983
Stellvertretender Sprecher
der JAV.
Tel 6472

Jessica Theobald
3. Ausbildungsjahr
Fachinformatikerin
Anwendungsentwicklung
geb. 1985
Mitglied im Verbindungskreis
NRW/Nord der Gesamt-JAV
Tel 2128

Ivano Folgosa
2. Ausbildungsjahr
Elektroniker für Betriebstechnik
geb. 1984

Tobias Reese
1. Ausbildungsjahr
Elektroniker für Geräte und
Systeme
geb. 1982

Am 15. November 2006 wurde die JAV neu gewählt.

Insgesamt stellten sich 14 Kandidatinnen und Kandidaten zur Wahl. Gut zwei Drittel (66,42%) der Wahlberechtigten nutzten die Möglichkeit der Stimmabgabe.

Wir fünf werden bis zum November 2008 die JAV bilden.

Ivano und Tobias befinden sich in ihrer ersten Amtszeit als JAVis. Benjamin, Michel und Jessica bekleiden dieses Amt zum zweiten Mal.

Wir sind jederzeit erreichbar bei Fragen, Problemen, Schwierigkeiten, etc. Unsere Telefonnummern findet ihr oben im Text.

Alternativ könnt Ihr uns natürlich auch eine E-Mail schreiben oder uns über das Betriebsratsbüro kontaktieren.

2007 VERANSTALTUNG ZUM FRAUENTAG

Frauen wollen eine bessere Zukunft

- mit mehr Gerechtigkeit,
- mehr Selbstvertrauen
- und mehr Würde

Die Schere zwischen arm und reich, unten und oben öffnet sich immer weiter. Die Wertschätzung menschlicher – insbesondere weiblicher Arbeit – sinkt stetig im globalen Wettbewerb.

Gerade die Produkte unseres täglichen Konsums werden immer effizienter unter Einsatz von immer mehr Automaten, immer mehr Energie, aber mit immer weniger Menschen fabriziert.

Die Dienstleistungsgesellschaft wird zur Dienstmädchengesellschaft!

Damit sinken auch die Löhne und der Druck auf die vielen Arbeitslosen nimmt stetig zu. Die Betroffenen selber fühlen sich entwertet.

Wir wollen die Auswirkungen insbesondere auf uns Frauen im täglichen Leben zeigen, zeigen, dass Du kein Einzelfall bist und gemeinsam Ideen entwickeln, wie wir ein besseres Leben erreichen können.

Unser zügig-Veranstaltungshinweis zum Internationalen Frauentag 2007:

Was braucht Frau zum Leben? MINDESTens einen LOHN

Samstag, 10. März 2007
13.00 Uhr, Ende: 18.00 Uhr,
Gewerkschaftshaus Braunschweig, Wilhelmstr. 5
Saal, Erdgeschoss

Referat: Vera Morgenstern, ver.di
Moderation: Reni Veenhuis, Sozialwissenschaftlerin

Workshops zu den Themen:

- Mindestlohn
- Leben in prekären Arbeitsverhältnissen und/oder mit Hartz IV

Weiterhin wird der Kulturarbeitskreis des DGB zur Gestaltung des Programms beitragen.

Selbstverständlich gibt es eine Kinderbetreuung.

